

II-488 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 288 13

1976-04-02

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. HUBINEK

und Genossen

an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen

sich

Ihre Anfragebeantwortung vom 16.3.1976, wonach/eine statistische Erfassung jener Frauen, die sich einer Abtreibung unterziehen, nicht mit der Forderung nach Anonymität in Einklang bringen läßt, geht am Problem vorbei. Bei den Beratungen über die einschlägigen Passagen der Strafrechtsreform haben auch die sozialistischen Mandatare immer wieder betont, daß die Abtreibung kein brauchbares Mittel der Geburtenkontrolle darstellt. Es muß daher allgemeiner Wunsch sein zu erfahren, aus welchen Gründen sich Frauen zur Abtreibung entschließen. Eine wirksame Eindämmung eines Eingriffes kann wohl nur dann erfolgen, wenn man die Motivation kennt und diese zu beseitigen trachtet.

Eine Erhebung, die Zahl, Alter und Motive enthält, kann selbstverständlich bei Wahrung aller Anonymität vorgenommen werden und soll sich nicht nur auf Krankenhäuser beschränken, sondern auch die Privatordinationen von freipraktizierenden Ärzten erfassen.

Wie man erfährt, sollen sich auch viele Jugendliche einer Abtreibung unterziehen. Hier erscheint es besonders wichtig,

- 2 -

die Ursachen zu klären und auch zu untersuchen, wie weit eine Abtreibung der alleinigen Willensphäre der Jugendlichen unterliegt oder ob andere Personen (Erziehungsberechtigte) oder Institutionen darauf einen gesetzlichen Einfluß haben.

Es erscheint auch erstaunlich, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz nicht durch das Geburten- defizit alarmiert wird, dessen deutlicher Knick im zweiten Halbjahr 1975 offensichtlich mit der Fristenlösung in Zusammenhang zu bringen ist. Den "Statistischen Nachrichten", 2. Heft, Ex. 76 ist zu entnehmen: "Nach den vorläufigen Ergebnissen war die Geburtenzahl im ersten Halbjahr 1975 nur um 510 oder 1,1 Prozent geringer als im ersten Halbjahr 1974. In den Monaten Juli bis Dezember 1975 wurden hingegen 3.353 oder 7 Prozent Lebendgeborene weniger registriert als in der zweiten Jahreshälfte 1974."

Die gefertigten Abgeordneten richten an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

- 1) Halten Sie die Abtreibung für eine wünschenswerte Maßnahme ?
- 2) Wenn nein, wie stellen Sie sich eine wirkungsvolle Bekämpfung vor, wenn Sie weder die Zahl, noch das Alter, noch die Motive jener Frauen kennen, die sich zur Abtreibung entschließen ?
- 3) War die Dunkelziffer der Abtreibungen nicht ein Hauptargument für die Fristenlösung ?

- 3 -

- 4) Ist Ihnen bekannt, daß sich viele Ausländerinnen in Privatordinationen einem Schwangerschaftsabbruch unterziehen, horrenden Beträge bezahlen und ohne Nachbehandlung in ihre Heimat zurückkehren ?
- 5) Halten Sie die Durchführung der Abtreibung in Privatordinationen als vereinbar mit der Forderung nach optimalen hygienischen Bedingungen ?